



Heftiger Zwist um Pläne für Bayerns Krankenhäuser

Viele Kliniken stecken in immensen Finanznöten. Die Opposition knöpft sich die Gesundheitsministerin vor.

Von Jürgen Umlauf

MÜNCHEN. In einer Regierungserklärung vor dem Landtag hat Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) ihre Kritik an der Krankenhausreform des Bundes erneuert und um Unterstützung für ihren Sieben-Punkte-Plan (wir berichteten) zur Unterstützung der bayerischen Kliniken geworben. „Wir brauchen auch weiterhin eine differenzierte Krankenhauslandschaft und eine verlässliche Versorgung in der Fläche“, sagte Gerlach. Man wolle den Wandel „klug und mutig mitgestalten“. Ziel seien leistungsfähige, auf hohem Niveau arbeitende und leicht erreichbare Kliniken, zähl-

„Die Staatsregierung muss sagen, was es wo braucht“

Ruth Waldmann
SPD-Fraktion

te sie auf. Die leistungsfähige Struktur in Bayern dürfe nicht durch „zentralistische Vorgaben aus Berlin“ gefährdet werden.

Die Vorschläge Gerlachs für Bayern stießen

bei der Opposition nur auf mäßige Begeisterung. Der AfD-Abgeordnete Andreas Winhart äußerte sein Unverständnis, dass man die Krankenhausreform des Bundes auch nur ansatzweise für gut halten könne. Die Reform sei „aktive Kliniksterbehilfe“. „Für Bayern ist diese Reform ein pures Desaster, wir müssen uns mit allen Mitteln dagegen wehren“, erklärte Winhart. Vor allem bei Notfällen brauche es landesweit schnell erreichbare Kliniken. Nötig sei nicht ein mit Allgemeinplätzen gefüllter Sieben-Punkte-Plan, sondern ein Stabilisierungsprogramm für bayerische Krankenhäuser.

Dazu müsse der Freistaat mehr Geld zur Verfügung stellen und für Effizienzsteigerungen sorgen.

Nach den Worten von Grünen-Fraktionsvize Johannes Becher muss die Kranken-

hausreform den Zielkonflikt zwischen einer möglichst umfassenden wohnortnahen Versorgung und einer notwendigen Spezialisierung in den Häusern lösen. Da aber – anders als es die AfD mit ihrem Ruf nach dem „Geldsack“ suggeriere – die Ressourcen begrenzt seien, komme man um strukturelle Änderungen nicht herum. Diese vorzunehmen, sei Aufgabe der Staatsregierung, der die gesetzliche Pflicht zur Krankenhausplanung in Bayern obliege, betonte Becher. Er nannte es „irritierend“, wenn Gerlach erst jetzt Patienten- und Bedarfserhebungen vornehmen wolle. Es stelle sich die Frage, auf welcher Grundlage bisher die Klinikförderung vorgenommen worden sei. Im Sieben-Punkte-Plan erkannte Becher nur „banale Vorschläge, die hier als Breaking News vorgestellt wurden“.

Warnung vor „Zwei-Klassen-Versorgung“

Auf die Verantwortung der Staatsregierung bei der Krankenhausplanung verwies auch Ruth Waldmann (SPD). Eine solche habe Gerlach in ihrer Erklärung erneut nicht präsentiert. Die Staatsregierung sei die aktuell aufscheinenden Versorgungsdefizite trotz Zuständigkeit nicht angegangen und stehe sich nun unter Hinweis auf Berlin und die Kommunen aus der Verantwortung. „Die Staatsregierung muss sagen, was es wo braucht“, betonte Waldmann. Bürgermeister und Landräte könnten das nicht entscheiden, weil ihnen der Überblick und die Kompetenz für bayernweite Strukturen fehlten.

Hinter die Pläne Gerlachs stellte sich Tanja Schorer-Dremel (CSU). Die Reform des Bundes sei nicht im bayerischen Interesse. Es sei richtig, dass der Freistaat diese nun nach seinen Möglichkeiten zu korrigieren versuche. Freie-Wähler-Fraktionschef Florian Streibl erklärte, die Reform des Bundes führe zu einer Zwei-Klassen-Versorgung zu Lasten ländlicher Regionen. Dies könne der Freistaat nicht hinnehmen.

Ebenfalls erschienen in: Nordbayerischer Kurier.